



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 71. Ratssitzung vom 6. Dezember 2023

2594. 2022/634

Postulat von Dr. Florian Blättler (SP) und Sebastian Vogel (FDP) vom 07.12.2022: Bericht betreffend Erzeugung von 1,5 TWh elektrischer Energie aus Windanlagen in der Schweiz bis 2050 durch das ewz

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Florian Blättler (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1111/2023): Die Versorgungssicherheit ist ein Begriff, der in den letzten beiden Jahren wieder vermehrt in den Fokus geriet – speziell beim Thema Strom. Damit wir als Stadt Zürich unseren Beitrag dazu leisten können, sollten wir die gleiche Grössenordnung an Strom produzieren, die wir verbrauchen. Momentan liegt unsere jährliche Produktion bei 5 Terrawattstunden (TWh) und der Verbrauch bei 3 TWh. Jedoch wird der Atomstrom in absehbarer Zeit wegfallen. Die Windkraft, die wir in Nordeuropa produzieren, stabilisiert das europäische Stromnetz lediglich und trägt nicht zur nationalen Versorgungssicherheit bei, da in Europa ein Mangel an Stromtrassen herrscht. Folglich muss die Produktion im Inland gesteigert werden. Die Wasserkraft ist bereits so weit genutzt, dass zwar weitere Speicher gebaut werden können, die Nettoproduktion aber nicht mehr gesteigert werden kann. Die Solarenergie kann für eine Stadt wie Zürich einen wertvollen Beitrag leisten, reicht alleine aber bei Weitem nicht aus. Als nicht fossile Alternative bleibt die Windkraft. Eine im Jahr 2022 vom Bund herausgegebene Studie ergab, dass das Potential für Windkraft schweizweit bei etwa 30 TWh jährlich liegt. Ökologisch sensible Gebiete, Siedlungsgebiete oder schlecht erschliessbare Gebiete wurden ausgeschlossen. Das Potential der Windkraft entspricht damit dem Potential der Wasserkraft in der Schweiz. Die Windkraft trägt aber überdurchschnittlich zur Versorgungssicherheit bei, da zwei Drittel ihrer Stromproduktion im Winter anfällt – wenn weniger Solar- und Wasserstrom generiert werden kann. Dass die SVP den Ablehnungsantrag stellt, zeigt eine gewisse Unehrlichkeit. Im Herbst 2022 wollte sie für die Versorgungssicherheit die demokratische Grundordnung aufheben, indem ein General mit Weisungsbefugnissen gegenüber sämtlichen demokratisch gewählten Personen eingesetzt werden sollte. Dieser hätte das Problem der Versorgungssicherheit auf magische Weise lösen sollen. Nun suchen wir eine langfristige Lösung zur Verbesserung der Versorgungssicherheit und davon will man nichts wissen. Wer Versorgungssicherheit will, hebt Demokratie nicht aus, sondern arbeitet an ihr.



Johann Widmer (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 11. Januar 2023 gestellten Ablehnungsantrag: Mein Vorredner sprach die Versorgungssicherheit an. Wenn man betrachtet, welchen Bedarfsanteil Windkraft generiert, ist es verschwindend wenig und trägt nicht zur Versorgungssicherheit bei. Wenn man 1,5 TWh pro Jahr produzieren will, macht das nur 0,66 Prozent des Schweizer Energiebedarfs aus. Dafür sollen 230 Windräder in die Landschaft gebaut werden. Windindustrieanlagen wäre der passendere Begriff. Diese sollen besonders in Waldgebieten entstehen. Da staune ich über die linke Ratsseite. Naherholungsgebiete unserer schönen Stadt werden durch Windräder verschandelt. So etwas zu befürworten, sehe ich nicht ein. Baut Solaranlagen in den Alpen, das bringt mehr und einen grösseren Stromanteil. Jahrelange Naturschutzbestrebungen der Grünen und SP sollen wegen Windrädern verworfen werden, das finde ich schon sehr erstaunlich und unverzeihlich. Windräder in der Schweiz ergeben achtmal weniger Ausbeute im Vergleich zu den Anlagen in Nordeuropa. Das ist ein absolutes Gegenargument. Das Elektrizitätswerk (ewz) hat aus guten Gründen Beteiligungen an Windparks an rentablen Standorten, die sich von der Windstärke her lohnen und ihren Gewinn in die Höhe treiben. Zudem wird Flatterstrom produziert, der im Netz geglättet werden muss – am Beispiel von Frankreich mit deutschem Kohlestrom. Diese Fakten kann man nur wegen einer Ideologie nicht ernst nehmen.

Weitere Wortmeldungen:

Dominik Waser (Grüne): Das Postulat unterstützen wir, obwohl wir es als zu wenig ambitioniert und bindend betrachten. Windkraft ist eine sinnvolle erneuerbare Energie, auch wenn das gerade in Frage gestellt wurde. Um die Energiewende zu vollziehen, brauchen wir alle erneuerbaren Energiequellen. Damit müssen wir uns auch in der Schweiz befassen. Im Kanton Zürich gibt es verschiedene sinnvolle Orte, an denen Windkraft produziert werden kann. Dass es nicht die besten Orte der Welt sind, müssen wir für die Energiewende in Kauf nehmen. Der Kanton Zürich ist daran, die Gebiete zu evaluieren, und hat bereits Vorschläge gemacht, die aus unterschiedlichen Perspektiven geprüft werden. Auch das ewz ist involviert. Für uns ist es selbstverständlich, dass das ewz in Windkraftprojekte im Kanton Zürich oder der ganzen Schweiz investiert. Für die Energiewende und Netto Null müssen wir alle erneuerbaren Energiequellen – also Wasser- und Windkraft und Solarenergie – ausbauen, auch wenn die Wasserkraft bereits an ihre Grenzen stösst. Wenn wir Klimaschutz betreiben wollen, müssen wir Prioritäten setzen. Sollte der Energieverbrauch trotz Sparpotential nicht vermindert werden, kann man nicht jedes Mal Landschaftsschutz-Argumente anbringen. Landschaftsschutz würde auch bedeuten, sich gegen den Ausbau von Autobahnen zu stellen. Wir leben in einer Klima- und Biodiversitätskrise, was bedeutet, dass wir auf den Naturschutz Rücksicht nehmen müssen. Das ist möglich, wenn bei den Standorten eine gute und sinnvolle Auswahl getroffen wird. Es herrscht nicht bei jedem ein Zielkonflikt. Die SVP will die Energiewende mit widersprüchlichen Argumenten verlangsamen. Der schnelle Ausbau bleibt das Wichtigste.



Benedikt Gerth (Die Mitte): Ausnahmsweise gebe ich Dominik Waser (Grüne) recht, hoffe aber, dass sich seine Kollegen durchsetzen können. Die Stromlücke im Winter mit Windkraftanlagen zu schliessen, sehen wir als gute Möglichkeit. Wichtig ist, dass man die Sache angeht und nicht mit Argumenten des Landschaftsschutzes hinauszögert. Wie im Postulat vorgesehen, soll das Anliegen in der ganzen Schweiz, nicht nur im Kanton Zürich umgesetzt werden. In der Stadt Zürich wird es kaum passende Landschaften geben. Die Windkraftanlagen haben recht starke Restriktionen bezüglich Vogelschlags, Inbetriebnahme während gewisser Zeiten usw. Es ist nicht die allumfassende Lösung, aber das Gesamtpaket verschiedener Elemente macht es aus. Ein kurzer Bericht reicht aus.

Beat Oberholzer (GLP): Die Investitionen des ewz in die Windkraftanlagen des Nordens haben sich rückblickend gelohnt. Es stellt sich die Frage, warum diese nur im Ausland sein sollen, da die Gebiete in der Schweiz gar nicht so schlecht sind. Ich habe ein wenig gerechnet und kam auf andere Zahlen als Johann Widmer (SVP). Im Winter bringt das Windkraftwerk etwa zwei Drittel des Jahresertrags einer identischen Turbine in Norwegen. Auch die Schweiz wird den Weg der Windkraft beschreiten, es führt kein Weg daran vorbei. Aus verschiedenen Gründen verlief das bisher schleppend, der Rechtsweg wurde diverse Male begangen. Das soll kein Grund sein, keine Windkraft in der Schweiz umzusetzen. Auch wir werden dem Windkraftboom folgen und das ewz tut gut daran, sich daran zu beteiligen. Dem Postulat stimmen wir zu. Ob es 1,5 TWh sein müssen, ist nicht entscheidend. Wichtig ist, dass es mehr sind als im Jahr 2023, in dem es 0 TWh waren.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Hört man gewissen Votanten zu, meint man, sie seien nicht weit gereist. Sonst hätten sie gesehen, wie die monströsen Windanlagen aussehen können. Es gibt Länder, die eine Tradition der Windkraftnutzung haben, da es bei ihnen etwas bringt. Schön sind die Anlagen trotzdem nicht. Diese in der Schweiz zu implantieren, würde eine grauenhafte Zersiedelung mit ineffizienten Windmühlen bedeuten, was nur Widerstand heraufbeschwören würde. Windkraft zu predigen und sich nicht bewusst zu sein, was das für Folgen haben kann, ist fahrlässig. Den Hinweis auf die Autobahn berücksichtige ich nicht, da es einen gewaltigen Unterschied gibt: Autobahnen sind horizontal und Windräder vertikal. Auch bei der Diskussion um die Erhöhung von Staudämmen kommt das Argument des Landschaftsschutzes auf. Opposition gibt es immer. Woher nimmt man dann die Energie? Am Ende kommen wir nicht um Kernkraft herum.

Johann Widmer (SVP): Die Grüne-Fraktion erklärt mir immer mit den gleichen faktenfreien, ideologischen Argumenten die Welt. Ich führte selbst häufig Windmessungen durch und es ist deutlich, dass der Wind in der Schweiz nur halb so stark weht. Hier wird zudem in Bodennähe gemessen, was absolut falsch und im Europadokument zu den Windmessungen deklariert ist. Die Messungen in der Schweiz zweifle ich stark an. Es ist schade, dass Ihr unsere Umwelt für ein ideologisches Luftschloss opfert. Die Ursache der Autobahnverbreiterungen ist die Zuwanderung und diese verkennt ihr. Wenn die Grenzen geschlossen und die Leute zurückgeschickt würden, wären die existierenden Autobahnen genug. Wenn man die vom Bund genannte Zahl Terrawattstunden ins Ver-



hältnis zu den jährlich benötigten 228 TWh Energie setzt, wird deutlich, dass es ein winziger Anteil ist und kein Kernkraftwerk ersetzen kann. Wenn wir diese wieder bauen könnten, müssten wir diese Diskussion nicht führen.

Andreas Kirstein (AL): *Die AL unterstützt das Postulat. Nicht mit dem Argument der nationalen Versorgungssicherheit, sondern da die Energie- und Klimakrise primär im europäischen Gesamtrahmen gelöst werden muss. Es ist klar, dass in dieser gemeinsamen Lösung jedes Land seinen Beitrag leisten muss. Wie viel das in TWh jeweils sein wird, ist zu diskutieren. Die verschiedenen Prioritäten sind abzuwägen. Die Landschaft und Energiesicherheit auf nicht-fossiler Basis sind wichtige Güter. Solche Zielkonflikte sind normal und finden bei fast jeder Frage, die diese kleine Gemeinde übersteigt, statt. Wichtig ist, dass für den Ausbau und die Vernetzung der Energieerzeugungen die wirtschaftlichen Randbedingungen, auch im europäischen Rahmen, stimmen. Das Thema Flatterstrom ist nicht primär ein technisches Problem, da es dafür viele technische Lösungen gibt, sondern ein Problem der Vergütung und Abgeltungen in einem gesamteuropäischen Stromabkommen. Aus meiner Sicht ist es klar, dass das Heil der Stadt Zürich und des ewz nicht nur im Energieimport bestehen kann. Auch ein kleines Land wie die Schweiz soll seine Beiträge leisten. Das ewz ist dafür gut aufgestellt. Darum ist das Postulat sinnvoll.*

Dominik Waser (Grüne): *Uns wurde Ideologie vorgeworfen, obwohl wir versuchen, Lösungen für existenzielle Krisen zu finden. Dazu gehören die erneuerbaren Energien, ob man das mag oder nicht. Die Ideologie ist eher bei der SVP – mit einem Weltbild, das nicht bereit ist, sich an veränderte Fakten anzupassen. Fakt ist, dass wir vorwärts machen und alle Energiequellen brauchen müssen. Dass europäische Windräder teils effizienter sind, stellt niemand in Frage. Unsere Windräder müssen aber einen Beitrag leisten.*

Sven Sobernheim (GLP): *Johann Widmer (SVP) hat betont, dass die Anlagen in Norddeutschland super sind. Doch ohne Rahmenabkommen, das den Strom regelt, bringen sie uns nichts. Darum freue ich mich, dass Sie das Rahmenabkommen unterstützen.*

Derek Richter (SVP): *Versorgungssicherheit ist essentiell, aber Dr. Florian Blättler (SP) vergleicht Äpfel mit Bananen. Kilowatt (kW) von Laufwasser- und Kernkraftwerken werden mit dem sogenannten Flatterstrom, also Kilowatt-Peak (kWp) verglichen. Wir sprechen uns nicht gegen Kernenergie aus. Die Energiestrategie 2050 wurde von uns angenommen. Die Strompreise sind aber bereits einiges höher als dort angekündigt. Deutschland ist trotz Windenergie das Land in Europa, das am zweitmeisten CO₂ ausstösst. Dasselbe wird in der Schweiz passieren. Wind soll genutzt werden, doch die Energie kann nicht gespeichert werden. Kernkraftwerke mit ihrer Bandenergie sind unsere Zukunft.*

Johann Widmer (SVP): *Technische Massnahmen, um Flatterstrom zu glätten, sind zum Beispiel Batterien. Ihr beschwört eine existenzielle Krise auf Kosten der Natur herauf. Im zweiten Votum der Grünen hörte ich abermals keine Fakten, sondern das ideologische Pamphlet zur Versorgungssicherheit. Das ist wichtig, aber die Fakten zeigen, dass Kernkraft die bessere und einfachere Lösung ist. Wegen euch ist dieser Satz Tabu.*



5 / 5

Dr. Florian Blättler (SP): *Ich sprach nie von Leistung in meinem Votum, sondern von produzierter Energie. Mich wundert, dass Kernkraft als Heilsbringer dargestellt wird, während Windenergie zu wenig produziert. Kernkraft hat in der gesamten bisherigen Zeit nie mehr als 5 Prozent der weltweiten primären Energie zur Verfügung gestellt. Die Windenergie wird spätestens im nächsten Jahr 5 Prozent überschreiten. Bereits im Jahr 2025 wird weltweit mehr Energie mit Wind produziert, als mit Kernenergie je produziert wurde.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: *Wir sind erst beim Postulat, das den Bericht fordert, nicht beim Bericht selbst. In der potentiellen Energiemangellage im Winter 2022/23 führten wir viele Diskussionen. Über etwas waren wir uns alle einig: Die Energieproduktion muss ausgebaut werden. In der Stadt entschieden wir uns für erneuerbare Produktion mit Wasserkraft, Photovoltaik und Wind. Die müssen wir ausbauen, damit wir genügend Energie für unseren Verbrauch produzieren. Ob dies in der Schweiz oder in Europa ist, ist nicht unwesentlich, aber nicht entscheidend. Die Versorgungssicherheit ist eine europäische Verbundaufgabe. Wenn in einem Land ein Blackout herrscht, hat der Rest Europas ebenfalls ein Problem. Darum baut das ewz im Ausland aus. Momentan sind wir bei rund 1 TWh Windkraft in Europa und sind an einem weiteren Ausbau, auch in der Schweiz, interessiert. Alle, die diesem Bericht zustimmen, sind angehalten, ihren Parteien und Organisationen mitzugeben, dass die Umsetzung von Produktionsanlagen möglich sein muss. Das wird oft angefochten. Im Kanton Zürich arbeiten wir mit den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich (EKZ) und dem Stadtwerk Winterthur zusammen. Auch hier gibt es die politische Diskussion. Wir sind zuversichtlich und wollen die Werke mit der Bevölkerung bauen. Das Postulat rennt offene Türen ein und wir werden Ihnen die Vorhaben gerne aufzeigen. Bis ins Jahr 2026 erwarten wir, 1,4 TWh Windkraft in Europa zu erzeugen. Die Tatbeweise haben wir erbracht und werden sie gerne weiterhin erbringen.*

Das Postulat wird mit 99 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat